Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst, Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 251. | Dresden, Dienstag den 28. Oktober 1913. | 24. Jahrg.

Die Stadtverordnetenwahl-Listen liegen jetzt aus!

Die großen **Krankenkassenverbände** wenden sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Zumutungen des Leipziger Aerzteverbandes.

Im **Krupp-Prozeß** kam es bei der Vernehmung des Zeugen v. Meyen zu einem dramatischen Zwischenfall.

Der **Schwiegersohn Wilhelms II.** wurde durch Bundesratsbeschluß zum Braunschweiger Thron **zugelassen**.

Die **italienischen Wahlen** haben der **Sozialdemokratie starke Erfolge** gebracht.

Die mexikanischen Rebellen haben einen **Militärzug** in die Luft **gesprengt**. 115 Soldaten sind tot.

Die Antwort der Krankenkassen.

Zur **Kriegserklärung des Leipziger Aerzteverbandes** wird uns geschrieben:

Des Dramas letzter Teil hat begonnen, der Krieg, der bei der Haltung und den anmaßenden Forderungen des Leipziger Aerzteverbandes kommen mußte, ist da. Seitens der Krankenkassenverbände wäre er nur zu vermeiden gewesen, wenn sie den letzten Rest des Selbstbestimmungsrechtes kampflos zugunsten der Aerzte aufgegeben und den Leipziger Verbändlern die Geldschrankschlüssel ausgeliefert hätten. Einen solchen Frieden können und werden die Kassenvertreter allerdings niemals schließen.

Wenn von den Aerzte-Verbandsführer nun die Schuld den Kassenvertretern zugeschoben wird, und wenn sie den Kassenvertretern Starrsinn und Hochmut vorwerfen, so ist das die Fibel der Unwahrhaftigkeit. Die Kampfesart dieser Herren hat übrigens so häßliche Formen angenommen, wie sie in politischen Kampf nie erreicht worden sind. Verdrehung, Verleumdung und Denunziationen sind an der Tagesordnung. Jeder, der es wagt, eine andere Meinung zu haben als diese Herren, wird in einer Weise heruntergerissen, wie es in der schlimmsten Zeit des Antisemitismus kaum geschah. — Männer, wie Professor Stier-Somlo, Justizrat Fuld und andere, können ein Lied davon singen. Man denke auch an die Denunziation gegen Genossen Fräßdorf, den sie durch ihre Anhänger — natürlich erfolglos — wegen angeblichen Falschgeldes denunzierten. Und diese Herren reden und schreiben von Standesehre und ethischer Hebung des Aerztestandes. In der Kampfesweise übertreffen sie den bekannten Reichsverband, in maßlosen Forderungen den Bund der Landwirte bei weitem. Und das will gewiß etwas bedeuten.

Schließlich ist es gut, daß die Herren die Kampfansage in so brüsker Form vollzogen haben. Da kann bei den Regierungen und Behörden sowie in der Oeffentlichkeit kein Zweifel mehr darüber bestehen, wohin der Weg gehen soll. Die Krankenkassen werden zuerst angegriffen, die Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten werden folgen. Selbst Institute wie das „Rote Kreuz" werden nicht verschont. Aus der Arbeiterversicherung soll eine Versorgung überschüssiger Aerzte gemacht werden.

Da nach den gesetzlichen Bestimmungen die Krankenkassen ärztliche Hilfe leisten müssen, die Aerzte aber — als freier Beruf — solche verweigern können, glaubt man sich auf Kosten der Versicherten bereichern zu können. Diese bedürfen beim kleinsten Heilmittel einer ärztlichen Verordnung, was beim Privatpatienten keineswegs der Fall ist. Deshalb geht's gegen die Kassen und nicht gegen die Privatpatienten.

Die Arzthonorare sind im ganzen Reich seit Jahren gewaltig gestiegen; von 1885 bis 1911 im ganzen um 824,3 Proz., per Kassenmitglied um 186 Proz. Kein anderer Beruf war in so glücklicher Lage. Dazu bringt die Ausdehnung der Versicherungspflicht neue ungezählte Millionen. Bei vielen Kassen ist das Arzthonorar per Mitglied jetzt schon höher als das Krankengeld, bei einer großen Zahl ist das Arzthonorar höher als Krankengeld und Arzneikosten zusammen. Und nun eine neue Forderung, die, wenn sie bewilligt würde, im allgemeinen das Arzthonorar verdoppeln würde. Dazu wird bei Pflichtmitgliedern mit über 1800 M. Jahreseinkommen ein Zuschlag von 50 Proz. und bei den sich freiwillig weiter versichernden Mitgliedern ein solcher von 100 Proz. gefordert. Die freiwillig den Kassen Beitretenden aber sollen von der Kasse keine ärztliche Hilfe erhalten, sondern als Privatpatienten behandelt werden. Das zeugt von einer brutalen Feindschaft gegen die Sozialversicherung, die nicht einmal materiell begründet ist, denn bei der Erweiterung der Versicherung können die Aerzte nur gewinnen, weil der Arme aus seiner Tasche den Aerzten weit weniger zuführen kann, als die Krankenkasse es für ihn tut.

Die **freie Arztwahl**, bis zum gewissen Grade ein Ideal und für die Kassenverwaltungen das bequemste System, kann gerade deshalb nicht eingeführt werden, weil sie die Leipziger Verbändler zum Zweck der Ausbeutung der Kassen einführen wollen. Uebrigens bringt die Reichsversicherungsordnung die Wahl zwischen mindestens zwei Aerzten; die Kassen werden aber nicht weitergehen. Bei der Einführung der freien Arztwahl nach den Wünschen des Leipziger Verbandes müßten alle Mehrleistungen der Kassen, wie freie ärztliche Behandlung für Frauen und Kinder, Geburtshilfe, Sterbegeld, Beihilfe zur Anstaltspflege usw., aufgehoben werden. Das bisherige Kassenarztsystem, unter dem sich die beteiligten Aerzte und auch die Mitglieder relativ wohl fühlten, soll nach dem Willen der Aerzteführer fallen. Nicht mehr die Kassen sollen bestimmen, welche Aerzte und wie viel zuzulassen sind, sondern das sollen die Aerzteorganisationen, d. h. der Leipziger Verband, bestimmen. Schließlich sollen alle Arztverträge im ganzen Reiche zu einem Termin ablaufen. Der Zweck dieser Forderung ist leicht erkennbar. Das hat man den industriellen Scharfmachern gut abgeguckt.

Solche Forderungen können nicht bewilligt werden! Die Kassenverbände boten an, daß bei den Kassen mehr Aerzte zugelassen werden als bisher, daß die freie Arztwahl, wo sie bereits besteht, weiterbestehen soll, daß sie bei anderen Kassen nur mit Zustimmung ihrer Organe eingeführt werden soll. Paritätische Schiedsgerichte, die über Honorarfragen und Streitigkeiten entscheiden sollen, wurden angeboten. Das sind gewiß wertvolle Zugeständnisse, die aber alle abgewiesen wurden.

Nun kommt's zum Krieg. Zwar nicht überall; denn mit Wehmut mußte man bekennen, daß in mehreren großen Städten, so auch in **Dresden**, „nichts zu machen ist". In Dresdens Umgebung aber ist's freilich anders, da wird's heiß hergehen. Die Krankenkassenverbände sind auf der Hut, sie beraten eingehend und werden alle Mittel empfehlen, die zur Abwehr verwendbar sind. Sie wenden sich jetzt vor allem an die Versicherten, in deren Auftrag und Interessen sie handeln, um Unterstützung. Und die organisierten Arbeiter werden helfen und zu kämpfen wissen. Die Kassenverbände nehmen den Fehdehandschuh ohne Zagen auf. Die Kriegserklärung der Aerzte beantworten sie bereits wie folgt:

1. Auf dem gestrigen Aerztetag haben die Aerzteorganisationen beschlossen, keine Verträge mehr mit den Krankenkassen einzugehen. Sie wollen die erkrankten Versicherten nur noch als Privatpatienten behandeln, und es empfahl der Vorsitzende des Leipziger Aerzteverbandes sogar, dieses nur gegen Vorausbezahlung zu tun. Dieses Vorgehen bedeutet den allgemeinen Kampf gegen die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und den Generalstreik diesen gegenüber. Es wird jetzt das ausgeführt, was bereits am 18. Februar 1912 die Aerzteorganisationen offiziell beschlossen haben: „Zur erfolgreichen Durchführung der Beschlüsse des Stuttgarter Aerztetages sind die bisherigen Einzelkämpfe zu vermeiden. Es ist vielmehr ein gleichzeitiges, geschlossenes, gleichmäßiges und einheitliches Vorgehen aller kassenärztlichen Lokalorganisationen unerläßlich."

2. Es entspricht nicht der Wahrheit, daß den Aerzten der Kampf von den Krankenkassen aufgedrungen worden ist. Die Krankenkassen haben keine Forderungen an die Aerzte gestellt, wohl aber die Aerzteorganisationen sehr viele und ganz unangemessene an die Krankenkassen. Die Kassen befinden sich lediglich in der Abwehr. Einigungsverhandlungen sind gescheitert, weil die Aerzteorganisationen allgemein die Durchführung der freien Arztwahl bei den Kassen durchsetzen und das Kassenarztsystem nur noch ausnahmsweise und für eine kurze Uebergangszeit bestehen lassen wollen. Der Arzt selbst sollte nach den Vorschlägen der Aerzte nur durch die Organisation zur Kassenpraxis zugelassen werden, die Abstufung der Honorare sollte nach der Höhe der Einnahmen der Versicherten erfolgen. Alle Arztverträge sollten zum gleichen Zeitpunkte ablaufen. Diese Forderungen der Aerzteorganisationen wurden als Mindestforderungen bezeichnet. Bei dieser Regelung würde den nach dem Gesetz verantwortlichen Kassenvorständen der Einfluß auf die Kassenverwaltung genommen werden. Die Kassen würden schließlich nur noch Beiträge aufzubringen haben, um die durch die Ärzte verfügten Ausgaben zu decken. Für eine Gestaltung der Verhältnisse, die die Kassen den Aerzteorganisationen so ausliefert, kann kein Kassenvertreter die Verantwortung übernehmen.

3. Wenn behauptet wird, daß die Krankenkassen mit den Aerzteorganisationen nicht verhandeln, diese vielmehr zertrümmern wollten und den sogenannten Herrenstandpunkt einnehmen, so entspricht nur das Gegenteil der Wahrheit. Die Kassen haben bei den Einigungsverhandlungen Vorschläge gemacht, die unzweideutig ergeben, daß sie im Interesse des Friedens in weitestgehender Weise Beschränkungen in ihren gesetzlich gewährleisteten Rechten zugunsten der Aerzteorganisationen vornehmen wollten. Bezeichnend ist, daß diese Vorschläge der Kassen nicht nur glatt abgelehnt, sondern fast totgeschwiegen werden.

4. Die Vertreter der Krankenkassen sind in Anerkennung der hohen Bedeutung des Arztberufs den Aerzten so weit entgegengekommen, als es die ihnen auferlegte Verantwortung und die Wahrung der ihnen anvertrauten hochwichtigen Interessen der öffentlich-rechtlichen Krankenversicherung zuließen. Die Krankenkassen sprechen deshalb die Erwartung aus, daß sich die Behörden und der Gesetzgeber durch die Aerzteorganisationen nicht einschüchtern lassen und unangemessene Forderungen der Aerzteorganisationen ablehnen werden. Es handelt sich um die Entscheidung, ob die Interessen eines einzelnen Berufsstandes über das Wohl von Millionen von Versicherten gestellt werden sollen.

Berlin, den 27. Oktober 1913.

Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden.
Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen.
Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen-Köln.
Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin.
Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover.

Die italienischen Wahlen.

In einer Betrachtung der Wahlsituation vor einer Woche schrieb unser römischer Korrespondent an dieser Stelle: „Allein und ohne jedes Wahlabkommen mit anderen Parteien der Demokratie nimmt sie (die Sozialdemokratie) die Schlacht auf. In 306 von 508 **Wahlkreisen** des ganzen Landes sind Parteikandidaten aufgestellt. Einzig die sogenannte liberale Partei, die Ministeriellen, übertrifft die Zahl der unseren. Trotz dieses ungeheuren Kraftaufwandes darf man aber nicht von dem Ausgang der Wahlen eine wesentliche Verschiebung zugunsten der Sozialisten erwarten. Unsere Partei verfügte in der letzten Kammer über 25 Mandate, nachdem durch die Parteispaltung sich 15 als Sozialisten gewählte Abgeordnete der reformistischen Partei zugewendet haben. Von unseren 25 Mandaten sind einige stark bedroht. Andrerseits aber hat die Partei zwei Mandate zurückzuerobern, die sie unlängst bei den Ersatzwahlen verlor, und setzt außerdem auf mehrere Wahlkreise des Piemont, der Lombardei und Liguriens berechtigte Hoffnungen. Wer optimistisch ist, rechnet mit der Erringung von insgesamt 40 Mandaten . . ."

Es scheint, daß die Optimisten recht behalten. Nach der neuesten Meldung waren bis Montag abend 11 Uhr 394 Wahlresultate bekannt. Bis dahin waren gewählt „190 ministerielle Konstitutionelle, 43 ministerielle Radikale, 15 von der konstitutionellen Opposition, 20 Katholiken, 26 radikale Sozialisten, 16 **reformistische Sozialisten**, 10 Republikaner; 74 Stichwahlen sind nötig". So die Meldung des offiziösen Depeschenbureaus. Nach anderen Telegrammen dagegen hat die Sozialdemokratie günstiger abgeschnitten. Danach behauptete unsere Partei von 25 Kreisen ihres Besitzes 21 und eroberte 10 neue Wahlkreise, so daß sie also jetzt bereits in 31 Kreisen gesiegt hätte.

Bei aller vorläufigen Unbestimmtheit des Resultats ist aber vorauszusehen, daß die Sozialdemokratie mit starkem Erfolge abschneidet. In 26 Kreisen steht sie in Stichwahl, in vielen davon ist unser Kandidat weitaus an erster Stelle. Unsere **Stimmenzahlen** sind teilweise imponierend. So erhielten **Turati** 13 000, **Morgari** 10 000, **Cipriani**, der als Protestkandidat gegen den Reformisten Bissolati in Rom aufgestellt war, 5176 Stimmen, nur um 550 weniger als der siegreiche reformistische Führer. In Rom steht auch unser Genosse **Campanozzi** in Stichwahl. Dagegen scheinen die Republikaner mehr denn bedenklich abzuschneiden und eine Reihe Mandate aufgeben zu müssen. Die Tribuna betont bereits, daß „die republikanische Partei in der Tat eine schwere Niederlage erlitten und die katholische Partei durch die Wahlen keinen Zuwachs erfahren habe". Nach Ansicht des Giornale d'Italia wird sich die liberale Partei umbilden und erneuern müssen. Giolitti wird zwar seine Mehrheit retten, denn Italien hat das eine mit Deutschland gemeinsam, daß sich die Ordnungsparteien ziemlich geschlossen um die Regierung gruppieren. Aber immerhin: die Stimmenentscheidung ist nicht gerade ein Vertrauensvotum für die Regierungspolitik. Der Tripolisrausch verfliegt, der Katzenjammer des Krieges stellt sich in Gestalt neuer Rüstungen ein, und so ist es denn die Sozialdemokratie, die jetzt das Vertrauen der Massen einheimst.

Alles in allem dürfte der 26. Oktober ein Siegestag des allgemeinen Wahlrechts geworden sein. Denn durch die Wahlreform Giolittis sind alle mündigen Italiener, nur mit Ausschluß der noch nicht 30 Jahre alten Analphabeten, in das volle Bürgerrecht eingesetzt worden. Mehr als fünf Millionen neuer Wähler waren diesmal zur Ausübung ihres Stimmrechts berufen. Das ist eine Tatsache, die auch uns in Deutschland, wo der Kampf um die grundlegenden Volksrechte dauernd auf der Tagesordnung steht, nicht gleichgültig lassen kann.

So wenig wie einst Bismarck hat Giolitti aus unmittelbarer Not den Schritt zum allgemeinen Wahlrecht getan. Aber wenn für Bismarck das allgemeine Stimmrecht das große Mittel war, um die deutsche Einheit unter preußischer Führung zu begründen — wie es für Napoleon III. das Mittel war, sein Cäsarentum durch Plebiszite zu befestigen, für die Habsburger Monarchie, den zersetzenden Einflüssen der nationalen Kämpfe entgegenzuwirken —, so sind für Giolitti ähnliche politische Erwägungen von gleicher Stärke nicht maßgebend gewesen. Weder gilt es in Italien, die Einheit zu begründen, noch eine Diktatur aufzurichten, noch Strömungen zu bekämpfen, die der Macht der Herrschenden gefährlich zu werden drohen. Auch unter dem alten Wahlrecht hätte nach allge-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19131028/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG